

«Es gibt keine Deindustrialisierung»

Industrieverband Swissmem-Präsident Hans Hess brach an der Inveso-GV eine Lanze für Industrie

VON FRANZ SCHAIBLE

Ein Umsatz von 89 Milliarden Franken, Exportanteil 77 Prozent, 335 000 Beschäftigte und 10 000 Lernende: Mit diesen Zahlen zeigte Hans Hess, Präsident des Branchenverbandes Swissmem, an der gestrigen Generalversammlung des Industrieverbandes Solothurn und Umgebung (Inveso) im Schloss Waldegg in Feldbrunnen die Bedeutung der MEM-Industrie (Maschinen, Elektro, Metall) auf. Deshalb lohne es sich, für den Werkplatz Schweiz zu kämpfen. «Unser Land braucht eine starke Industrie und nicht nur Dienstleister oder Banken.»

Dass dieser Einsatz nötig ist, zeigte Hess am Beispiel aktueller Herausforderungen für die Branche auf. Er erwähnte nebst steigenden Energiepreisen, schwacher Konjunktur im Hauptmarkt Europa oder dem Fachkräftemangel insbesondere den massiven Margendruck, ausgelöst durch den starken Franken. Eine Umfrage unter den Swissmem-Firmen habe gezeigt, dass rund ein Drittel der Betriebe wegen der Frankenstärke in die Verlustzone gerutscht sei.

«Innovation ist Schlüssel zum Erfolg»

Gleichzeitig lobte er die Branche. «Es ist unglaublich, wie kreativ die Unternehmen auf die Schwierigkeiten reagieren und deshalb über Trümpfe verfügen, um im globalen Wettbewerb mithalten zu können.» Hess nannte

«Unser Land braucht eine starke Industrie.»

Hans Hess,
Swissmem-Präsident

die hohe Qualität und Zuverlässigkeit der Produktion, das hoch motivierte Personal und insbesondere die Innovationsfähigkeit der Industrie. «Sie ist der Schlüssel zum Erfolg. Nur deshalb können die Unternehmen mit stetig neuen Herstellprozessen und Produkten überhaupt bestehen.» Die Schweiz sei seit drei Jahren «das innovativste Land der Welt».

Letztlich sichere nur die weltweite Konkurrenzfähigkeit die Arbeitsplätze, auch gerade jene in der Schweiz. Deshalb müsse ein Unternehmen auch schmerzhaft Massnahmen ergreifen. So gelte es etwa, «Lohnkostenvorteile im Ausland» zu nutzen. Mit anderen Worten: Verlagerungen der Produktion ins Ausland dürfen kein Tabu sein;



Austausch zwischen Regierungsrätin Esther Gassler und Swissmem-Präsident Hans Hess HANSPETER BÄRTSCHI

■ GASSLER: «BEI KRISEN WIRD SOFORT RUF NACH DEM STAAT LAUT»

Regierungsrätin **Esther Gassler** äusserte sich zum Umgang mit **Risiken** wie Wirtschaftskrisen, Betriebsschliessungen und Massnahmenentlassungen. Wie bei Naturkatastrophen würden jeweils **hohe Emotionen** ausgelöst. «Sofort wird der Ruf nach dem Staat laut, die Volkswirtschaftsdirektorin soll jetzt etwas tun», weiss Gassler aus Erfahrung und nannte Beispiele wie Borregaard, Sappi oder Swissmetal. Die Versuchung sei jeweils

gross, in **Aktionismus** zu verfallen. «Denn nichts wäre einfacher, als in diesem Moment als Retter in der Not aufzutreten und Versprechungen zu machen, Erwartungen und Hoffnungen zu wecken, die später nicht erfüllt werden können oder rückgängig gemacht werden müssen.» Der **Staat** begäbe sich aber auf einen **gefährlichen Weg**, wenn er versuchen würde, den schmerzhaften Wandel mittels Planungs- und Interventions-

instrumenten zu verhindern. Der Staat sei aber in der Lage, die **sozialen Folgen** für die Betroffenen **abzufedern**. Als Stichworte nannte sie die Job-centers oder die finanziellen Leistungen der Arbeitslosenkasse. Und das System funktioniere. «Bei **Borregaard** fiel bei über 400 Kündigungen nur rund ein Dutzend Betroffene in die Aussteuerung und bei **Sappi** haben drei Viertel der Entlassenen eine neue Stelle gefunden.» Und an beiden

Standorten öffneten sich **neue Perspektiven**. Bei Borregaard habe sich der Kanton mit dem Landkauf ein Mitsprache- und Mitgestaltungsrecht gesichert, bei der «Papieri» bestünden **enge Kontakte** zwischen Konzernleitung, Gemeinde und Kanton, um das Areal einer neuen Nutzung zuzuführen. «Sich dem **strukturellen Wandel** zu stellen, heisst nicht den Niedergang zu beschleunigen, sondern den Neuanfang zu ermöglichen.» (FS)

«ansonsten kann das ganze Unternehmen gefährdet sein». Hess rechnete wiederholt vor, dass allein wegen der Frankenstärke rund 10 000 Arbeitsplätze gefährdet seien. «Aber es wird ganz sicher zu keiner Deindustrialisierung in der Schweiz kommen.»

«Aufträge auf hohem Niveau»

Landesweit verzeichnete die MEM-Industrie im 1. Quartal 2012 einen Rückgang beim Auftragseingang um

fast 17 Prozent. Inveso-Präsident Josef Maushart relativierte diese Entwicklung. «Die Auftragseingänge im Vorjahresquartal hatten in vielen Bereichen ein Allzeithoch erreicht. Vor diesem Hintergrund ist die Abnahme nicht als beunruhigendes Signal zu werten», erklärte er am Rande der Veranstaltung. Die Aufträge lägen nach wie vor auf einem hohen Niveau. Dennoch berge die Euro- und die Schuldenkrise ein erhebliches Risikopotenzial.

«Die Industriefirmen bleiben in ihren Investitionen in Zusatzkapazitäten sehr vorsichtig und investieren bevorzugt im Rationalisierungsbereich.» Es gelte deshalb, den Standort Region Solothurn weiter zu verbessern.

ausserdem zum Thema

Video-Interview mit Josef Maushart unter www.solothurnerzeitung.ch

Nachgefragt

«Effiziente Industrie»

Josef Maushart

Josef Maushart ist Präsident des Industrieverbandes Solothurn und Umgebung (Inveso). Er ist CEO des Bellacher Werkzeugherstellers Fraisa AG.



Wie schlägt sich die Solothurner Industrie im gegenwärtigen schwierigen Umfeld?

Die meisten Firmen des Industrieverbandes haben eine gute bis sehr gute Auslastung und Auftragslage.

Wird der starke Franken den Geschäftsgang der Solothurner Industrie 2012 stark bremsen?

Der Wechselkurs reduziert die Margen fast aller exportorientierten Industriefirmen. Viele haben es dennoch verstanden, durch Rationalisierung und Effizienzsteigerung ihre Betriebe in der Gewinnzone zu halten. Mittelfristig dürfte die Situation aber für die meisten unbefriedigend sein.

Muss die Nationalbank die Wechselkursuntergrenze anheben?

Der Wechselkurs von Fr. 1.20 pro Euro ist aus der Sicht der Exportindustrie unbefriedigend. Ein Kurs von etwa Fr. 1.35 würde uns gleich lange Spiesse gegenüber unseren ausländischen Wettbewerbern in die Hand geben. In diesem Sinne ist eine weitere Schwächung des Schweizer Frankens wünschenswert. Aus politischer und volkswirtschaftlicher Sicht erscheint dies heute jedoch illusorisch.

Werden sich die Solothurner Unternehmen im harten globalen Wettbewerb weiterhin behaupten können?

Ja, sie sind zum allergrössten Teil so effizient und innovativ, dass sie bestehen können. Besonders schwierig dürfte die Aufgabe für Zulieferbetriebe und für Unternehmen sein, die in grösseren internationalen Konzernen organisiert sind. Gerade für Letztere erscheint es sehr schwierig, den Produktionsstandort Schweiz innerhalb ihrer internationalen Konzerne zu rechtfertigen. Die Aufgabe der Papierfabrik in Biberist, die in sich durchaus rentabel war, ist dafür ein Beispiel.

Interview: Franz Schaible

Rückweisung von geplantem Gesetz

Politische Rechte Die Justizkommission (Juko) beantragt dem Parlament die Rückweisung der Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte. Sie verlangt die Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens. Ausserdem habe der Regierungsrat zu viele Revisionspunkte in ein und dieselbe Vorlage gepackt, schreibt die Juko in einer Mitteilung. Mitte Mai hatte die Regierung einen entsprechenden Gesetzesentwurf zuhanden des Kantonsrats verabschiedet. Dieser geht auf drei vom Kantonsrat im März erheblich erklärte Vorstösse zurück. Mit diesen fordert der Kantonsrat eine Beschränkung von Listenverbindungen, die Verkürzung der Frist zwischen erstem und zweitem Wahlgang bei Majorzwahlen sowie die Präzisierung der Berechnung des nötigen Quorums zur Zulassung zum zweiten Wahlgang. Die Änderungen seien von «so grosser Tragweite», dass eine Vernehmlassung unumgänglich ist, unterstreicht die Juko. Folgt das Parlament dem Rückweisungsantrag, kann das Gesetz nicht auf die Wahlen 2013 umgesetzt werden. (PDS)

Gastbeitrag zur bevorstehenden kantonalen Abstimmung über den Neubau des Bürgerspitals Solothurn

Spitalneubau führt nicht zu Steuererhöhungen



VON CHRISTIAN SCHEUERMEYER*

■ **LANDAUF, LAND-AB** werben Plakate mit der Aufschrift «Wieder höhere Steuern wegen Luxusspitalbauten? NEIN zum 340-Mio.-Kredit» gegen den

Neubau des Bürgerspitals. Ein geschickter Schachzug der Gegner, unliebsame Steuererhöhungen mit dem Neubaukredit zu verknüpfen – obwohl das Argument nicht sticht. Auch ich bin klar gegen die Steuererhöhungspläne der Regierung. Die Diskussion über den Massnahmenplan führen wir aber später, denn der Kanton muss wegen des Neubaus (eine Investition, die auf 40 Jahre mit jeweils 8,5 Mio. abgeschrieben werden kann) keine Steuern erhöhen. Das Gegenargument, der Kredit von 340 Mio. sei abzulehnen, um dann ein Projekt für 200 Mio. auszuarbeiten, tönt verlockend, ist aber nicht haltbar. Das

Stimmvolk muss sich entscheiden, ob es auch in Zukunft in Solothurn ein Spital will – oder mit einem Nein zum Neubaukredit die Schliessung des Bürgerspitals einläuten will.

DAS HEUTIGE Bettenhochhaus wurde vor 50 Jahren geplant und vor 40 Jahren in Betrieb genommen. Es entspricht den Kenntnissen und Nutzungsanforderungen der 70er-Jahre. Stand heute ist der reibungslose Spitalbetrieb (z.B. lange Wartezeiten für Personal wegen ungenügender Liftkapazitäten) und die optimale Patientenbetreuung (z.B. Patienten warten im Spitalbett neben dem Lift) nicht mehr gewährleistet. Ebenso müssen mit aufwendigen und kostenintensiven Unterhaltsarbeiten (z.B. dringt oft Regenwasser ins Spitalinnere ein) der Betrieb aufrechterhalten werden. Dass die Erdbebensicherheit nicht mehr heutigen Ansprü-

«Ein Neubau senkt die Betriebskosten, sichert Arbeitsplätze und die Grundversorgung.»

chen genügt, dass Umbauten in der Raumeinteilung wegen Statikproblemen fast verunmöglicht sind, und dass der Energiestandard nicht mehr zeitgemäss ist – all dies unterstreicht die Tatsache, dass eine Sanierung des Altbaus sich nicht lohnt und ein moderner, variabler Zweckbau realisiert werden muss. Durch verbesserte Betriebsabläufe im Neubau kann der Spitalbetrieb in einem Jahr um rund 5 Mio. Franken entlastet werden, was auf die ganze Nutzungsdauer von 40 Jahren die stolze Summe von 200 Mio. ergibt.

DAS BÜRGERSPITAL ist ein wichtiger Arbeitgeber im Kanton für rund 1000 Arbeitsplätze (100-Prozent-Stellen), die sich auf 1300 Mitarbeitende verteilen. Diese Tatsache ist für mich ein zweites entscheidendes Argument für den Neubau. Die externen Aufträge an das Gewerbe und KMU tragen zur Sicherung von weiteren Arbeits-

plätzen bei. Auch die 200 Ausbildungsplätze sind mit in die Waagschale zu werfen. Als drittes Argument ist die kantonale Spitalplanung zu betrachten. Das Bürgerspital sichert die medizinische Versorgung des westlichen Kantonssteils mit über 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Somit ist die medizinische Grundversorgung mit Notfallversorgung auch für die Zukunft am Standort Solothurn sicherzustellen.

ALS ICH DAS erste Mal von den Neubauplänen und deren Kosten gehört habe, fragte ich mich auch, ob dies so nötig sei. Nach einer eindrücklichen Spitalführung mit einem Blick hinter die Kulissen des heutigen Bürgerspitals und in Anbetracht der drei genannten Hauptargumente kommt für mich am Abstimmungssonntag vom 17. Juni nur ein überzeugtes JA zum Neubau des Bürgerspitals infrage.

* **Christian Scheuermeyer**, Deitingen, FDP. Die Liberalen Kanton Solothurn